



## **Jahresbericht Marokko**

**2011**

In Marokko demonstrierten am 20. Februar 2011 Tausende Menschen in Rabat und Casablanca für mehr Menschenrechte und Demokratie, eine neue Verfassung und für ein Ende der Korruption in Politik und Verwaltung. Angeregt von der tunesischen „Jasmin-Revolution“, entstand in Marokko die "Bewegung 20. Februar".

Der amtierende König Mohammad VI, gab einen Teil seiner exekutiven Macht an den Ministerpräsidenten, der die Regierungsgeschäfte leitet, ab und stärkte die legislative Funktion vom Parlament. Der König bleibt Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des Ministerrats und höchster religiöser Würdenträger. Die Protestbewegung demonstrierte das ganze Jahr über immer wieder und forderte substantiellere Reformen.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 wurde die, als moderat islamistisch bezeichnete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), stärkste Kraft. Abdelilah Benkirane, bis dato Generalsekretär der PJD, wurde im November 2011 Ministerpräsident. (1,2)

### **Menschenrechte und Folterverbot in neuer Verfassung**

Auf institutioneller Ebene zeigte die Protestbewegung in Marokko Erfolge. Es gab deutliche Verbesserungen zum Schutz der Menschenrechte.

Am 3. März setzte die Regierung einen nationalen Menschenrechtsrat (Conseil National des Droits de l'Homme) ein, der nun selbst aktiv werden kann und den zuvor rein beratenden Menschenrechtsrat ablöste.

In der neuen Verfassung wird Folter explizit unter Strafe gestellt. Die neue Verfassung schreibt außerdem das Recht auf freie Meinungsäußerung fest und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Marokko nahm nun auch seine Vorbehalte gegen das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zurück.

Außerdem kündigte die Regierung an, das Zusatzprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Strafe (OPCAT) zu ratifizieren. Bis Ende 2011 wurden keine weiteren Schritte dazu eingeleitet. (2)

### **Exzessive Polizeigewalt**

In der Praxis wurde 2011 das Recht auf freie Meinungsäußerungen bei den meist

friedlichen und angemeldeten Demonstration der "Bewegung 20. Februar" immer wieder mit exzessiver Polizeigewalt beantwortet.

Am 15. Mai lösten Sicherheitskräfte Demonstrationen in Rabat, Tanger und Témara mit Gewalt auf und schlugen unbewaffnete Demonstrierende mit Knüppeln.

Am 22. Mai wurden über 20 friedlich Demonstrierende verhaftet. Der 21-Jährigen Studenten Nabil Talhal befand sich in einem Krankenhaus, wo er sich wegen bereits erlittener Verletzungen behandeln ließ. Sicherheitskräfte spürten ihn dort auf und schlugen ihn erneut im Krankenhaus und verhafteten ihn. Er wurde später gegen Kautions gelassen.

Als etwa 8000 Ärztinnen und Ärzte am 25. Mai vor dem Gesundheitsministerium in Rabat einen Sitzstreik veranstalteten, verletzten Sicherheitskräfte 40 von ihnen mit Schlagstöcken und Fußtritten. Ein 40-Jähriger Arzt musste wegen eines Beckenbruchs operiert werden.

Am 29. Mai gingen Sicherheitskräfte mit Knüppeln gegen Demonstrierende in der Stadt Safi vor. Der Demonstrant Kamel Ammari starb wenige Tage später aufgrund seiner schweren Verletzungen.

Am 20. November stürmten Sicherheitskräfte das Büro des Marokkanischen Menschenrechtsvereins (Association Marocaine des Droits de l'Homme) in Bou-Arafa. Sie prügeln mit Knüppeln auf Angestellte und Anhänger ein, die sich dort getroffen hatten um gemeinsam zu einer geplanten Protestkundgebung zu gehen. (3)

### **Foltervorwürfe**

Foltervorwürfe und Berichte über Misshandlungen richteten sich vor allem gegen den marokkanischen Inlandsgeheimdienst, der nahe der Hauptstadt Rabat das inzwischen bekannte, Haft- und Verhörzentrum Témara unterhält. Weitere Foltervorwürfe und Fälle von Misshandlungen wurden aus Polizeistationen und Gefängnissen gemeldet. (2)

Im Mai protestierten Häftlinge im Salé Gefängnis, die dort nach Terrorismusvorwürfen Haftstrafen verbüßen, gegen unfaire Gerichtsverfahren, erzwungene Geständnisse und gegen erlittene Folter im geheimdienstlichen Haft- und Verhörzentrum Témara. Als 7 der Gefangenen abgeholt wurden und nicht zurück kamen, ohne dass Angehörige oder Anwälte über ihren Aufenthaltsort informiert wurden, kam es zur Revolte im Gefängnis. Gefangene nahmen Aufsichtspersonal als Geiseln und forderten die Rückkehr der Mitgefangenen, ließen die Geiseln aber eine halbe Stunde später wieder frei. Danach schoss das Aufsichtspersonal mit Gummigeschossen und scharfer Munition auf Häftlinge. Der Gefangene Zarakia Benamri kam schwer verletzt in ein Krankenhaus. Der neu eingesetzte nationale Menschenrechtsrat informierte die Angehörigen zum Krankenhausaufenthalt. Sie bekamen jedoch keine Besuchserlaubnis von den Behörden. (4)

### **Misshandlungen und Folter als Strafaktion**

Der Deutsch-Libanese Mohamed Hajib, der eine 10-Jährige Haftstrafe wegen Terrorismusvorwürfen absitzt, war an der Revolte in Salé beteiligt und wurde am 17. Mai in das Toulal-Gefängnis in Meknes verlegt. Dort wurde er an Händen und Füßen gefesselt und wiederholt vom Aufsichtspersonal geschlagen, bis er schließlich in komatösem Zustand in ein Krankenhaus kam. Später wurde er ins Salé Gefängnis zurück gebracht.

Boushata Sharef, einer der kurzzeitig verschwundenen Gefangenen aus Salé, berichtete später auf YouTube über erlittene Folter. Er wurde mit einer Flasche vergewaltigt und auf

die Genitalien geschlagen und forderte eine Untersuchung.

Amnesty befürchtete weitere Strafaktionen von Gefangenen durch Aufsichtspersonal nach der Revolte im Salé Gefängnis und forderte die Behörden auf, die Folter Vorwürfe zu untersuchen. (2)

### **Der Fall des Deutsch-Marokkaners Mohamed Hajib**

Foltervorwürfe von Mohamed Hajib wurden Amnesty bereits 2010 kurz nach seiner Verhaftung bekannt und für glaubwürdig erachtet. Mohamed Hajib lebte und arbeitete in Duisburg und besitzt sowohl die deutsche, als auch die marokkanische Staatsangehörigkeit. Er reiste Ende 2009 nach Pakistan. Wegen eines Notfalls in der Familie in Marokko flog er am 18. Februar 2010 über Deutschland nach Marokko. Geheimdienstmitarbeiter nahmen ihn bei seiner Ankunft am Flughafen fest. Er wurde zehn Tage auf der Polizeistation Ma'rif in Casablanca festgehalten und dort zu einem Geständnis gezwungen. Er berichtete seiner Mutter, dass er gefesselt und geschlagen wurde und ein Geständnis unterschreiben sollte, ohne den Inhalt zu kennen. Als er sich weigerte drohten sie damit, seine, in Marokko lebende Mutter und seine Ehefrau nach Témara zu schaffen und dort zu misshandeln, wenn er nicht unterschrieb, was er schließlich tat.

Mohamed Hajib wurde mit einem erzwungenen Geständnis zu zehn Jahren wegen "Gründung einer kriminellen Bande" und "Finanzierung von Terrorismus" verurteilt.

Aus einem Bericht vom Magazin Stern über Mohamed Hajib geht hervor, dass auch deutsche Polizisten, Hajib vor seinem Marokko Besuch noch in Deutschland eingehend zu einer Pakistan Reise befragten. Im Anschluss boten sie ihm an, ihm ein günstiges Last-Minute-Ticket nach Marokko zu organisieren - wegen seines Familiennotfalls. Er nahm dankbar an und flog noch am selben Tag weiter - direkt in seine Verhaftung. Als ein Anwalt aus Marokko und ein Konsularbeamter der deutschen Botschaft ihn besuchen konnten, sahen sie Folterspuren an seinen Händen, die seine Vorwürfe bestätigten. Er hoffte auf deutsche Unterstützung und beteuerte seine Unschuld. Das deutsche Auswärtige Amt antwortete auf Nachfragen des Sterns, dass man von einem fairen Gerichtsverfahren ausgehe. Da Mohamed Hajib auch die marokkanische Staatsangehörigkeit besitze, sehe man keinen Handlungsbedarf. (4,5)

### **Keine Untersuchung von Foltervorwürfen**

2011 gab es keine Untersuchungen von Foltervorwürfen in Marokko. Amnesty forderte die zuständigen Behörden Marokkos wiederholt dazu auf, den Fall Mohamed Hajib und weitere bekannt gewordene Fälle von Folter und Misshandlungen zu untersuchen. Folterpraxis und die Verwendung erzwungener Geständnisse vor Gericht widersprechen der Bindung Marokkos an internationale Verträge, wie das UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Strafe (CAT), das Marokko bereits 1993 ratifizierte.

König Mohammad VI initiierte die Untersuchung schwerer Menschenrechtsverletzungen während der Amtszeit seines Vaters, Hassan II. Seit 2005 liegt von der Wahrheits- und Versöhnungskommission ein Bericht mit konkreten Empfehlungen vor. Sie wurden aber noch nicht umgesetzt. Auch die anerkannten Opfer staatlicher Gewalt in Marokko haben noch keinen effektiven Zugang zu rechtlichen Verfahren gegen erlittenes Unrecht. (2)

### **Westsahara Konflikt**

Ende Oktober traten 23 Sahrouis im Salé Gefängnis in einen Hungerstreik, um gegen Misshandlungen in Haft und andauernde Haft ohne Anklage zu protestieren. Die Inhaftierten wurden Ende 2010 in der Nähe des Gdim-Izik-Protescamp bei Laayoune festgenommen. Sicherheitskräfte zerstörten damals das Protescamp. In anschließenden Gewaltausbrüchen starben 13 Menschen, darunter 11 Sicherheitskräfte. Amnesty befürchtet ein unfaires Verfahren vor einem Militärgericht.

Die UN Mission MINURSO im umstrittenen Gebiet Westsahara, das Marokko 1975 annektierte, wurde im April verlängert, aber hat kein Mandat zur Beobachtung der Menschenrechtslage. MINURSO überwacht den Waffenstillstand und soll die Vorbereitungen zu einem vereinbarten Volksentscheid zur Zukunft Westsaharas sichern. Die Verhandlungen zwischen der Frente Polisario, die ein unabhängiges Westsahara anstrebt und Marokko stagnierten. Marokko verhindert seit Jahren den Volksentscheid mit der Begründung, dass nicht festgestellt werden könne, wer überhaupt Abstimmungsberechtigt sei.

Die Frente Polisario gewährte ihrerseits auch 2011 weiterhin Straffreiheit für Angehörige der Unabhängigkeitsbewegung. Ihnen wurden schwere Menschenrechtsverstöße in den 70er und 80er Jahren zur Last gelegt, in Flüchtlingslagern in der algerischen Provinz Mhiriz, die von der Frente Polisario verwaltet wurden. (2)

## **Quellen**

- 1) [www.zeit.de/politik/ausland/2011-11/marokko-wahl-islamisten](http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-11/marokko-wahl-islamisten)
- 2) [www.amnesty.de/jahresbericht/2012/marokko-und-westsahara](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/marokko-und-westsahara)
- 3) [www.amnesty.de/urgent-action/ua-152-2011-1/gewalt-gegen-demonstrierende](http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-152-2011-1/gewalt-gegen-demonstrierende)
- 4) Morocco: Investigate torture allegations. AI-Index: MDE 29/008/2011
- 5) <http://www.stern.de/politik/deutschland/der-fall-mohamed-hajib-wie-ein-deutsch-marokkaner-zum-muslimischen-helden-wird-1704154.html>